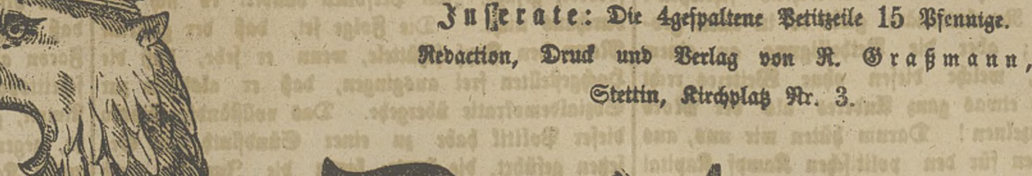
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.



Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 10. Dezember 1878. Nr. 578.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom 9. Dezember.

Präsident von Bennigsen eröffnet die Sitzung um $11^1/_4$ Uhr.

Am Ministertisch: Minister des Innern Graf zu Eulenburg, Geh. Räthe v. Kehler, Herrfurth und Andere.

Tagesordnung:

Der erste Gegenstand ist die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen.

Auf Antrag des Abg. Löwenstein wird der Gesetzentwurf der für die Justizgesetze gebildeten zehnten Kommission überwiesen.

Es folgt zweite Berathung des Etats pro 1879—80 und zwar Ministerium des Innern.

Die Einnahmen der Verwaltung des Innern (108,474 M.), der Polizeiverwaltung 373,036,96 M.), der Landgendarmerie (403,792,64 M.) werden ohne Diskussion genehmigt.

Bei den Ausgaben: Gehalt des Ministers (36,000 M.) melden sich gegen diesen Posten zum Wort: die Abgg. Dr. Virchow, Hänel, Richter, Zimmermann, Dr. Lasker, Dr. Miquel, Dr. von Jagdzewski, Bachem, Dauzenberg und Rickert, dafür die Abgg. v. Ludwig und Graf Bethusy-Huc.

Abg. Windthorst-Meppen bittet, bei der Größe der Rednerliste, die wahrscheinlich für ganz verschiedene Gegenstände zusammengesetzt ist, eine Trennung der Diskussion nach den verschiedenen Materien eintreten zu lassen.

Präsident v. Bennigsen beruft sich auf die bisherige Praxis des Hauses, die ein solches Verfahren nicht zulasse, wenn es auch schon früher bei Etatsberathungen vorgekommen sei, daß diejenigen Redner zuerst zum Worte gekommen, die zu demselben Gegenstand sprechen wollten.

Ab. Dr. Virchow: Der Gegenstand, den ich zur Sprache bringen wollte, ist die gegenwärtige Lage, in der sich die Stadt Berlin befindet. Ich kann nicht leugnen, daß ich gern Gelegenheit genommen hätte, ausführlicher die Thätigkeit des Ministers zu besprechen, aber ich möchte im Interesse des Hauses die Sache möglichst konzentriren. Daher darf ich vielleicht gleich die Frage an den Minister richten, ob er seinerseits in Beziehung auf die Gründe, weshalb gegen die Stadt Berlin mit dieser neuesten Maßregel in Ausführung des Sozialistengesetzes vorgegangen worden ist, Auskunft geben will. Sonst würde ich mir erlauben, meinerseits die betreffenden Gesichtspunkte zu entwickeln.

Präsident v. Bennigsen: Ich betrachte dies als eine Bemerkung zur Geschäftsordnung und gebe dem Herrn Minister des Innern das Wort.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: M. H., der § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1879 sieht vor, daß, wenn die Maßregeln, die in demselben verordnet sind, getroffen werden, demnächst dem Reichstage entweder sofort oder bei seinem nächsten Zusammentreten darüber Rechenschaft zu geben ist. Das ist der Grund, daß die Regierung nicht aus eigener Initiative mit einer Mittheilung über die getroffenen Maßregeln an dieses Haus getreten ist. Nachdem bereits in früheren Sitzungen und heute wiederholt der Wunsch ausgesprochen ist, über diese Maßregel nähere Auskunft und Begründung zu erhalten, bin ich gern bereit, dieselbe zu ertheilen und kann hinzufügen, daß es auch den Wünschen der königlichen Staatsregierung entspricht, auch der preußischen Landesvertretung hierüber die nöthige Auskunft zu geben. Die Voraussetzung, an welche der § 28 die Verhängung der in demselben vorgesehenen Maßregeln knüpft, besteht darin, daß die Bezirke oder Ortschaften, für welche sie getroffen werden, durch die im § 1 Nr. 2 des Gesetzes bezeichneten Bestrebungen mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht sind, also durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen, welche auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung in einer, den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise gerichtet sind. Aus den Worten des Gesetzes, wie ich Sie Ihnen angeführt habe, ergiebt sich zunächst, daß die Gefahr, welche die Voraussetzung für die Verhängung solcher Maßregeln ist, keine unmittelbare zu sein braucht. Sie erinnern sich, daß in der Kommission des Reichstages, welche über das Sozialistengesetz berieth, der Antrag gestellt war, in diesen Paragraphen die Bestimmung aufzunehmen daß diese Maßregeln nur bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verhängt werden sollen; bereits in der zweiten Lesung der Kommission aber wurde das Wort „unmittelbar" gestrichen. Zweitens, m. H., wird es keiner weiteren Ausführung bedürfen, daß die Gefahr, welche die Voraussetzung für diese Maßregel ist, nicht ausschließlich zu bestehen brauchte in der Befürchtung, daß ein Aufruhr ausbricht. Es giebt eine Anzahl anderer Gefahren für die öffentliche Sicherheit, welche nach Sinn und Wortlaut des Gesetzes ebenso darunter begriffen sind, als jene. In diesem Sinne aufgefaßt, besteht aber nach der königlichen Staatsregierung für Berlin und seine nächste Umgebung in der That eine Gefahr, welche die öffentliche Sicherheit dieser Stadt und dieses Bezirks bedroht. Die Gefahr ist zunächst eine allgemeine, m. H. Das ganze Gesetz vom 21. Okt. d. J. beruht auf der Erkenntniß der Gefahren, welche für Staat und Gesellschaft aus dem gemeingefährlichen agitatorischen Treiben der Sozialdemokratie hervorgegangen, und daß diese Gefahren gerade hier in Berlin in einer besonders hervortretenden Weise sich gezeigt hatten, das, m. H., wird in Ihrer Aller Gedächtniß sein. Die große Zahl der hier zusammengehäuften Anhänger der Sozialdemokratie, das Vorhandensein einer erheblichen Anzahl ihrer hauptsächlichsten Leiter und Führer, die tumultuarischen Aufreizungen in Versammlungen, die in großer Zahl hier stattgefunden, die demokratischen Aufzüge bei verschiedenen Gelegenheiten zeigten, daß es der Sozialdemokratie darauf ankam, hier eine besondere Machtentfaltung zu entwickeln und in dieser Weise Zeugniß von ihrer Macht abzulegen und das Bestreben zu bekunden, in immer weitere Kreise ihre Lehren eindringen zu lassen und eine immer größere Anzahl von Anhängern an sich zu ziehen. Es hätte daher wohl in der That die Frage aufgeworfen werden können, ob nicht sogleich nach Erlaß des Gesetzes vom 21. Oktober es angezeigt gewesen wäre, die in § 28 vorgesehenen Maßregeln in Berlin und dessen nächster Umgebung eintreten zu lassen. Sie erinnern sich auch, daß bereits nach dem Stattfinden der Attentate vom Mai und Juni von verschiedenen Seiten der Regierung die Frage ernstlich entgegen gebracht wurde, ob es nicht im Interesse der öffentlichen Sicherheit geboten sei, den Belagerungszustand über Berlin zu verhängen, und es ist ebenso in Ihrer Aller Gedächtniß, daß der Kaiser sich veranlaßt gesehen hat, auf Grund des § 9 des Paßgesetzes unter ähnlichen Voraussetzungen, als sie der § 28 erfordert, die vorübergehende Wiedereinführung der Paßpflicht anzuordnen Nichtsdestoweniger, m. H., mußte es in Anbetracht dessen, daß einige der Maßregeln, die in § 28 vorgesehen sind, auf verschiedenen Seiten des Reichstages zu erheblichen Bedenken Anlaß gegeben haben, angezeigt erscheinen, nach dem Erlaß des Gesetzes vom 21. Oktober zunächst die Wirkungen desselben abzuwarten. Hierzu lag um so mehr eine Aufforderung vor, als die Aeußerungen der Redner der Sozialdemokratie im Reichstage, wie die Aeußerung ihrer Preßorgane nicht gleichmäßig darüber sich aussprachen, welche Haltung seitens der Sozialdemokratie diesem Gesetze gegenüber einzunehmen sei. Von der Andeutung eines Widerstandes, der demselben entgegengerichtet sein würde, bis zum Hohn, der der Möglichkeit einer Wirksamkeit dieses Gesetzes in der allerdrastischsten Weise entgegengestellt wurde, gingen diese Aeußerungen über bis zu der Andeutung einer völlig friedlichen Unterwerfung unter die gesetzlichen Vorschriften. Mit Schnelligkeit und Entschiedenheit wurden die Maßregeln, welche das Gesetz den Regierungen allgemein an die Hand giebt, sofort nach dem Erlaß desselben ausgeführt; leider aber bestätigte sich die Hoffnung, die in den letztgedachten Aeußerungen sich kund gab, daß eine friedliche Unterwerfung der Sozialdemokratie unter die Bestimmungen des Gesetzes stattfinden werde, nicht. Ihre Anhänger gingen darauf aus, das Gesetz auf jede nur mögliche Weise zu umgehen, in seinen Wirkungen zu vereiteln und das Vorhandensein desselben in agitatorischer Weise für ihre Zwecke und zur Förderung ihrer Bestrebungen auszubeuten. Es traten sehr bald deutliche Anzeichen dafür hervor, daß dies Vorgehen ein planmäßiges sei, daß es darauf abgesehen sei, die offene Organisation und die offenen Kundgebungen, welche bisher stattgefunden hatten, zurücktreten zu lassen und an ihre Stelle noch mehr zu setzen, als es bis dahin schon der Fall gewesen war, eine der Oeffentlichkeit sich entziehende Organisation und eine geheime Propaganda. In kleinen, möglichst verborgenen Zusammenkünften traten die Anhänger der Sozialdemokratie zusammen und richteten ihr ganzes Bestreben darauf, eine derartige Organisation, wie ich sie soeben angedeutet habe, in's Leben treten zu lassen. Versuche, revolutionäre und aufreizende Schriften der extremsten Art vom Auslande einzuführen, wurden in mehrfachen Beziehungen wahrgenommen, überhaupt war die Thätigkeit der Leiter und Führer der Sozialdemokratie eine ganz außerordentlich lebhafte, und es mußte sich sehr bald die Ueberzeugung aufdrängen, daß mit den Maßregeln, welche bisher getroffen waren, nicht auszukommen war. M. H., die Regierung hat sich bei der Berathung des Gesetzes nicht verhehlt, sie hat vielmehr wiederholt dieser Ueberzeugung Ausdruck gegeben, nicht ohne daß sie lebhafte Unterstützung darin von vielen Seiten des Reichstages gefunden hätte, daß der Sozialdemokratie nicht würde mit nachhaltigem Erfolg wirksam entgegengetreten werden können, wenn nicht sogleich die Mittel gegeben würden, die große Menge zu befreien von den dauernden und nachhaltigen Einflüssen ihrer Führer. (Sehr wahr! rechts.) Nun, m. H., wenn die geschilderten Umstände schon für sich allein genügend waren, nachzuweisen, daß eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit in einer so großen Stadt, in dem Centrum des Lebens des deutschen Volkes, zugleich Preußens, hervorgerufen, so trat eine besondere Gefahr hinzu, welche es nothwendig machte, von den Mitteln, die das Gesetz der Regierung an die Hand gab, vollen Gebrauch zu machen. Es scheint in der That, m. H., daß eine Zeitepoche eingetreten ist, in der die Fürsten in beständiger Lebensgefahr schweben. (Sehr wahr! rechts.) Die erschütternden Ereignisse dieses Sommers hier in Berlin haben uns die Gefahr auf das Nächste und Lebendigste vor Augen geführt, vor ganz Kurzem haben in Spanien und Italien traurige Ereignisse ähnlicher Art nicht blos die dortigen Länder und Bevölkerungen, sondern ganz Europa in neue Aufregung versetzt, um so mehr, als sichere Anzeichen vorliegen, daß jene Thaten zumal in Italien nicht der Ausfluß verbrecherischen oder exzentrischen Sinnes des einzelnen Individuums waren, sondern daß sie beruhten auf einem Zusammenhang mit anderen, sei es daß eine wirkliche Verschwörung vorliege — wofür ich allerdings nicht im Stande bin, den Beweis beizubringen, — sei es daß in der That die verbrecherischen und revolutionären Lehren der Sozialdemokratie und der Internationalen so weit um sich gefressen hatten, daß die Auswüchse derselben sich verbreiten und ähnliche Ausbrüche mit sich brachten. Es kam dazu, m. H., daß konstatirt werden konnte, daß auch hier in Berlin Anhänger des Nihilismus, Anhänger der Internationale vorhanden waren, und daß dieselben mit den Leitern und Führern der Sozialdemokratie in Verbindung standen. Diesen Erscheinungen gegenüber mußten, um ein wirksames Gegenmittel herbeizuführen, ins Auge gefaßt werden zweierlei von den Mitteln, welche im § 28 vorgesehen sind, einmal die Ausweisung wiederum, da es nur auf diesem Wege möglich ist, verdächtige Personen, wenn sie nicht Ausländer sind, von den Orten, in denen Gefahren vorliegen, zu entfernen, und zweitens eine Beschränkung des Waffentragens, um den sich hieraus ergebenden Gefahren vorzubeugen Diese Erwägungen sind es gewesen, welche die Regierung dazu haben bestimmen müssen, von den Maßregeln des Gesetzes Gebrauch zu machen, um die Schule des Verbrechens zu schließen. Die Schule kann aber nicht geschlossen werden, wenn die Wirksamkeit der Lehrmeister fortdauert, und darum, m. H, war es vor allen Dingen erforderlich, diese Lehrmeister zu entfernen und ihren nachtheiligen Einfluß auf die größere Menge zu beseitigen. Mit Ihnen, m. H., mit dem Lande, mit dieser Stadt theilt die Staatsregierung das schmerzliche Bedauern darüber, daß dergleichen Maßregeln nothwendig geworden sind. Der Preis aber, um den allein sie hätten vermieden werden können, war ein zu hoher. Es war die Verantwortung, irgend etwas zu versäumen, was geeignet war, den öffentlichen Frieden und die Ordnung in dieser Stadt und vor Allem ein theures Leben zu sichern, welches dieser Stadt seit Kurzem wieder anvertraut ist (Beifall). Es war dies eine Verantwortung, welche die königl. Staatsregierung nicht tragen konnte und nicht tragen durfte, eine Verantwortung, welche aber auch, dessen bin ich gewiß, das ganze preußische Volk nicht würde haben übernehmen wollen und vor Allem nicht die Einwohnerschaft der Stadt Berlin, welche soeben ihre Liebe und Verehrung für den theuren Kaiser und König in einer ebenso glänzenden als würdigen Weise Ausdruck gegeben hat. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Virchow: Ich bin außerordentlich dankbar für die loyale und offene Weise der Mittheilungen des Herrn Ministers; wir sind es ja gewohnt, in seiner Familie die Geschäfte des Landes in einer anständigen und männlichen Weise behandelt zu sehen. Ueber Einzelheiten des Gesetzes will ich mich hier nicht nachträglich ergehen und erkenne auch die Verpflichtung des Ministers an, das Gesetz auszuführen und ich weiß nicht, ob ich an seiner Stelle nicht zu demselben Entschluß gekommen wäre. (Bravo! rechts.) Etwas anders aber liegt die Sache doch, wenn man sie in Beziehung auf ihre Entstehungsgeschichte und die Personen betrachtet, welche getroffen waren, und gerade, weil dieser Punkt für die weitere Entwickelung der Dinge im Vaterlande maßgebend ist, wäre es uns erwünscht, uns mit dem Minister etwas näher zu verständigen, als es bisher möglich war. Der Minister hat sich zunächst auf die allgemeinen Verhältnisse in Berlin berufen. Gerade im Namen der Berliner Abgeordneten muß ich fragen: ist denn Berlin wirklich so schlecht, wie es dargestellt wird, verdient es ein solches Gesetz? Wir antworten: nein! Wir könnten auf die ernsten Bestrebungen verweisen, welche wir gemacht haben, um aus den Verhältnissen heraus zu kommen, in welche es durch den Sozialismus gerathen. Aber gerade die Männer, welche uns hätten helfen sollen, haben bei den Wahlen den Kultusminister aufgestellt. Man spricht von dem stetigen Anwachsen der Sozialdemokratie. Vor Ihnen und vor dem Lande klage ich dafür den Minister des Innern, den Vorgänger des jetzigen, an! (Oho!) Die große Zahl von Sozialdemokraten, die Versammlungen, die Alleinherrschaft derselben, die demonstrativen Aufzüge, die immer gefährlicher wurden — ja, m. H., der Berliner hat daneben gestanden und mit Erstaunen gefragt, wo denn die Polizei bleibt. (Widerspruch rechts.) Lagen denn diese Dinge außerhalb der Möglichkeit des Einschreitens? Unsere Versammlungen sind nie vor den Sozialdemokraten geschützt worden! Es führt das auf Zeiten, von denen der Reichskanzler jüngst dem Reichstage erzählte, als er selbst von Lassalle wie einem angenehmen Gutsnachbar sich Vortrag halten ließ. Wir haben dem Fürsten Bismarck damals schon auf den Vorwurf, daß wir mit der Sozialdemokratie Fühlung hätten, gesagt, daß wir ihm Lassalle vollständig überlassen. Für Berlin wurde die Sache erst praktisch in der Zeit Schweitzer's und Tölcke's mit dem Stock. Ich bitte den Minister, diese Affaire in den geheimen Akten zu studiren. Es war eine falsche Spekulation, die Fortschrittspartei durch die Sozialdemokraten entwurzeln zu wollen. Der damalige Minister hat das wohl auch mehr geschehen lassen, als sich daran betheiligt; es giebt ja mächtigere Einflüsse als der eines Ministers des Innern ist. Man versuchte, den Teufel durch Beelzebub auszutreiben (Heiterkeit) und nun wundert man sich, daß man den Beelzebub hat! Politische Parteien kann man nicht so untereinander rühren, wie chemische Ingredienzien, in der Hoffnung, daß Säuren und Alkalien sich neutralisiren werden. Menschen sind Individuen und da entstehen keine Mittelsalze. (Heiterkeit.) Ich erhebe die Anklage, daß wir soweit gekommen sind durch die schlechte Politik des Reichskanzlers. (Oho! Widerspruch.) Nun sollen wir überlegen, wie die Sache wieder eingerenkt werden kann und dabei versinken wir tiefer und tiefer in eine Gesetzgebung, welche immer mehr den Charakter einer peinlichen und widerwärtigen Ausnahmegesetzgebung annimmt. Wird sie dahin führen, daß Berlin ewig unter dieser Maßregel steht? (Auf 1 Jahr!) Das läßt sich Alles prolongiren, auch die Gültigkeit des ganzen Gesetzes! Hat der Minister ein solches Gesetz, so muß er es anwenden, damit man ihm nicht später etwa Vorwürfe machen kann. Giebt es doch heute noch Leute, die meinen, das zweite Attentat wäre verhindert worden, hätte man gleich nach dem ersten ein solches Gesetz angenommen. Es wird, wie die Geschichte ergiebt, nie ein Zeitpunkt kommen, in dem man die Aera der Königsmorde für abgeschlossen erklären kann. Es tritt eben von Zeit zu Zeit eine gewisse epidemische Steigerung ein. Und wenn Sie nun sagen, die Austreibung der Führer bewirke schon eine große Säuberung, bedenken Si

dern dabei gar nicht, welche Anklage Sie erheben? Soweit ich die ausgewiesenen Personen kenne, wird keine von ihnen den Königsmord billigen. Wie kann der Minister da sagen, er wolle mit dieser Maßregel die Schule des Verbrechens schließen? Radikale und Revolutionäre giebt es in allen großen Städten; aber die Betheiligung an einem Straßenkampf, welche diesen ohne Weiteres recht wäre, ist doch etwas ganz Anderes als der Mord an einem Einzelnen! Darum hüten wir uns, aus einzelnen Fällen für den politischen Kampf Kapital zu schlagen. Die Akten z. B. über den Prozeß Nobiling sind noch nicht publizirt, und wir können es nicht zugeben, daß aus dem Fall Kapital geschlagen wird. Mir scheint es gerecht zu sein (Gerechtigkeit ist ja der Anfang aller vernünftigen Operationen auch unter politischen Parteien [Gelächter rechts]), daß wir internationale Fälle nicht in unser Staatsrecht hineinschneiden lassen. Lassen Sie uns vielmehr als Grundlage des Urtheils die Ausweisung von 40 Männern dienen, meist verheirathet, mit Familien in hülfloser Lage. Das ist ja vielmehr, als woran man im Reichstag gedacht hat! In Konsequenz davon kommen Sie zur Landesverweisung; denn von Ort zu Ort gejagt, werden die Leute bald außer Landes gehen. (Ruf rechts: Gottlob!) Das scheint Ihnen lächerlich zu sein? (Nein! rechts. „Wir stimmen zu.") Weisen Sie sich doch nicht als unmenschliche Vertreter des Landes aus! Es giebt gewisse Gradationen der Abhärtung, aber das darf doch nicht bis zum Inhumanen gehen! (Ruf aus dem Centrum: Jesuitenausweisung!) Ganz recht! Da hat man noch Milde geübt, daß man sie wenigstens auf einmal ganz auswies. (Gelächter im Centrum.) So wird man hier nur Märtyrer schaffen, die von draußen her daheim die Hoffnung nähren auf einen Tag des Sieges. Das rechte Mittel wird allein sein, wenn wir unsere Versammlungen recht breit aufmachen. Treten wir auf den Markt des öffentlichen Lebens und belehren wir die Irregeführten vor dem Volke, dann werden wir den Sieg davontragen. (Beifall links.)

Abg. v. Ludwig: Ich stimme mit dem Vorredner darin überein, daß der Minister die ihm durch § 28 des Sozialistengesetzes übertragene Vollmacht mit großer Energie wahrgenommen habe. Die Thatsache, daß die Führer der Sozialdemokratie sich stillschweigend den Folgen dieses Gesetzes unterworfen haben, ist ein starker Beweis für die Gefahr der Sozialdemokratie, die heute noch die alte ist, wie früher, und nur auf einen günstigen Moment wartet, um hervorzubrechen. Ich muß nun aber den Herrn Minister bitten, auch auf den anderen Gebieten der Wirthschaftspolitik und der Sittlichkeit, wovon im Reichstage so viel gesprochen ist, dieser Gefahr entgegenzutreten. Weshalb geschieht da nichts? Weil der Fürst Bismarck selbst noch nicht weiß, was er thun soll und die Minister auf eine Parole von ihm warten. (Heiterkeit.) Die Lehrmeister der Sozialdemokratie sind schon viel früher dagewesen, sie sind wie die ganze Sozialdemokratie ein Produkt der gesammten Politik des Fürsten Bismarck mit allem, was drum und dran ist. (Heiterkeit.) Diese Politik ist weiter nichts, als ein Abklatsch derjenigen des Grafen Cavour, der von sich selbst gesagt hat: „wenn ich das für mich gethan hätte, was ich für mein Vaterland gethan habe, so würde man mir kaum den Beinamen eines Schurken erspart haben." Die Stützen der Politik des Fürsten Bismarck sind aber hauptsächlich die liberalen Parteien gewesen, die Elemente, welche bei der Revolution von 1848 an den Palast des heutigen Kaisers „Nationaleigenthum" geschrieben haben, und die in Prenzlau seiner Zeit öffentlich gesagt: „ist denn keiner von diesen Hunden geblieben?" mit den Hunden meinte man die königlichen Prinzen des Hauses Hohenzollern. (Ungeheure Unruhe. Widerspruch. Rufe: Pfui, das ist doch zu stark!)

Präsident v. Bennigsen: Wenn es auch gestattet sein muß, Thatsachen auf der Tribüne dieses Hauses vorzubringen, so dürfen dieselben doch nicht Beleidigungen gegen Mitglieder des königlichen Hauses enthalten, wie wir sie soben gehört, und die dem Redner den gerechten Ausdruck des Unwillens des Hauses zugezogen haben.

Abg. v. Ludwig (fortfahrend): Auch bei den neuesten Wahlversammlungen ist eine dieser Stützen der Politik des Fürsten Bismarck mit ihrer fettumpolsterten Stimme in Stettin aufgetreten und hat gesagt: Ich bin stolz darauf, daß es in unserer Partei Hochverräther von 1848 giebt. (Ruf: Namen!) Lesen Sie nur die „Neue Stettiner Zeitung!" So sehen diese Stützen aus, die zu Allem Ja gesagt und die die Diener der königstreuen Konfession aus dem Lande gejagt und dafür die Rotte Korah des Protestantismus und Judaismus an ihr Herz gedrückt haben. (Gelächter links. Rechts: Sehr wahr! Ruf aus dem Hause: Nicht ablesen!) Ich werde dem Herrn Präsidenten meine Notizen zeigen, nach denen ich spreche, und wenn ich zwar kein so großer Redner bin, wie die Abgg. Lasker und Richter, so beneide ich diese Herren doch nicht um das Glück, das sie dem Vaterlande gebracht haben. Durch diese Politik ist das Ehrgefühl in vielen Kreisen erblaßt, und so kommt es, daß es sogar in der Armee einen General giebt, der vor öffentlicher Sitzung des Kammergerichts durch den Mund des Staatsanwalts einen sehr ehrenwerthen Mann verleumden ließ.

Präsident v. Bennigsen: Derartige umständliche Ausführungen gehören doch kaum zur Sache.

Redner fährt nun fort und schildert, wie durch Staatsmittel die Rettung fauler Unternehmungen ersucht werde, daß nicht einmal das Versprechen der königlichen Botschaft über die Eisenbahn-Untersuchungs-Kommission erfüllt sei, daß diese Untersuchung auf die Verhältnisse und Personen erstreckt werden solle. Nachher, als die Untersuchung beendet, habe der Abg. Lasker, der erst diese selbst gefordert, gesagt, „um Personen handelt es sich hier durchaus nicht." Die Folge sei, daß der gemeine Mann den Kopf schüttele, wenn er sehe, daß die Hochgestellten frei ausgingen, daß er alsdann zur Sozialdemokratie übergehe. Das vollständige Fiasko dieser Politik habe zu einer Sündfluth von Gesetzen geführt, die heute kaum die Juristen noch kennen könnten, und schon wolle man wieder neue Gesetze machen. Die endlosen Kammerverhandlungen (Heiterkeit) raubten der Staatsregierung die Möglichkeit, ihr Auge auf die wirklichen praktischen Dinge zu richten. Das habe auch der Herr Justizminister bewiesen, als er gesagt, daß er keine Ahnung davon gehabt, daß im Lande der Wucher grassire. Die Gründerperiode habe im Volke den Glauben daran, daß es noch ein Jenseits gebe, ertödtet, und so sei es so weit gekommen, daß an dem Tage, wo der Monarch in das Heim seiner Vater einziehen wollte, nach schweren Tagen man erst den Belagerungszustand verhängen mußte. Ein grausigeres Fiasko der Politik, die zu diesen Zuständen geführt, könne es nicht geben. Wer jetzt noch zweifle, daß man solche Wege gegangen, hat entweder bösen Willen, oder sei auf seinen geistigen oder körperlichen Augen blind. Redner fordert den Minister auf, Bresche zu legen in die Mauer, die nach dem Urtheile weiter Kreise um das Ohr Sr. Majestät des Kaisers gezogen sei. Das Volk sei überzeugt, daß der Kaiser das Gute wolle, daß er aber schlecht informirt werde. Aber auch dem Fürsten Bismarck solle der Minister gegenübertreten und ihm erklären, in welcher Gefahr sich Land und Herrscherhaus befinde. Es würde gewiß für den Fürsten sehr schwer sein, seine Irrthümer einzugestehen und zuzugeben, daß er solche Bahnen gewandelt. Derselbe habe sich aber doch schon einmal geändert, und es gäbe keine schönere Aufgabe für ihn, als den im Koth steckenbleibenden Staatswagen nun auch wieder flott zu machen. Im Lande dächten Millionen wie er (Redner). (Widerspruch, Gelächter links, Beifall rechts.)

Abg. Richter (Hagen): Aus dem äußern Umstande, daß ich Herrn v. Ludwig nach der Liste folge, entnehme ich keine Verpflichtung, etwas zu erwidern auf das, was er gesagt hat. (Sehr richtig.) Was ich bereits im Mai voraussagte, ist eingetreten. An Stelle der öffentlichen Agitation sind die geheimen privaten Verbindungen in kleineren Kreisen getreten. Ein Mehreres kann ja auch der Minister des Innern ihnen nicht nachsagen. Nachdem man jetzt die aus der öffentlichen Thätigkeit bekannten Personen ausgewiesen, erscheint die Verbindung in eine noch dunklere Schattirung zurückgedrängt, und mag sich der Minister Eulenburg durch das Gefühl der Unsicherheit haben bestimmen lassen, gleich von der äußersten Vollmacht des Gesetzes Gebrauch zu machen. Man hat geglaubt, der Erlaß des Sozialistengesetzes werde Handel und Verkehr von einer gewissen Beunruhigung befreien. Aber gerade die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes hat die Unsicherheit in der Schätzung der Gefahr vom Minister des Innern auf weitere Kreise übertragen. Das offiziöse „Wolff'sche telegraphische Bureau" versandte ein Telegramm, welches nichts Thatsächliches enthält, sondern in den Provinzialzeitungen an hervorragender Stelle einen Stimmungsbericht einführen will, der so lautet, als ob die Berliner den Eindruck des Festes auf den kleinen Belagerungszustand und den Minister Eulenburg zurückführen. Am Donnerstag aber haben die Berliner weniger als jemals an den Belagerungszustand, den Minister oder den Reichskanzler gedacht, sondern dieser Tag gehörte in Berlin dem Kaiser ganz allein, und ihm allein war die ganze Feier gewidmet. Ich beurtheile Berliner Festlichkeiten nicht allein nach Dem, was unter den Linden veranstaltet wird. Eben deshalb sage ich kein Fest, selbst nicht der Einzug von 1866 und 1871, ist in so weiten Kreisen der Berliner Bevölkerung gefeiert worden, wie dieses. (Sehr richtig.) Derselbe Boden, den man als die Vorfrucht der Sozialdemokratie zeitigend beschuldigt hat, ist es, auf dem solche patriotische Kundgebung erwachsen ist (Hört!) und wenn Sie genauer zusehen, sind dieselben Männer, welche dieses Fest im Ganzen, in den einzelnen Bezirken und Häusern geleitet haben, es auch, welche auf die politische Haltung der Bevölkerung von Berlin einen hervorragenden Einfluß ausüben. Wir müssen uns ausbitten, uns, was Anerkennung des Patriotismus betrifft, würdiger zu behandeln, als bisher vielfach geschehen. Hat das Einzugsfest auch diese von seinen Veranstaltern beabsichtigte Wirkung, so wird es auch darin eine segensreiche Wirkung ausüben. (Beifall.)

Abg. Graf Bethusy-Huc: Der Abg. Virchow hat selbst anerkannt, daß er in der Stellung des Ministers sich ebenfalls die Frage gestellt haben würde, ob er von seinen gesetzlichen Befugnissen Gebrauch machen solle. Wer macht der Regierung heute den Vorwurf, daß die Polizei nicht scharf genug gegen die Sozialdemokratie vorgegangen sei? Die Partei, welche seit 18 Jahren beständig über die Eingriffe der Polizei in die Rechte der Bürger klagt, und welche die Befugnisse der Polizei in jeder Hinsicht zu beschränken strebt. Soweit dieses berechtigt war, sind wir mit Ihnen gegangen, doch haben wir immer die Polizei anerkannt als nothwendig für den Schutz der Sicherheit des Staats und seiner Bürger. Bei dem Abg. Virchow fängt aber das Verlangen nach polizeilichem Schutz erst an, wenn es sich um seine eigene Partei handelt. Es ist dann der Regierung der Vorwurf gemacht, daß das ganze System der Bismarck'schen Politik Schuld am Erstarken der Sozialdemokratie sei. Nun, m. H., die Ziele des Fürsten Bismarck: die Einheit der deutschen Nation, die Kräftigung unserer inneren und äußeren Zustände, sind das nicht auch die Ziele der Fortschrittspartei gewesen von jeher? Kann sie es denn also dem Fürsten Bismarck gar nicht verzeihen, daß er sie selig gemacht hat nach einer andern Facon als nach der ihrigen (Heiterkeit.) Die Fortschrittspartei hat gegen die Reichsverfassung gestimmt, gegen die Mehrzahl der Organisationsgesetze, ja, gegen den Frieden, den der siegreich wiederkehrende Kaiser dem Parlamente vorlegte. Als diese Früchte wirklich dargeboten wurden, da hat die Fortschrittspartei ein saures Gesicht gemacht, sie hat gesagt: Wir wollen die Sache wohl, aber nicht so! Sie ist die Kraft, die stets das Gute will und stets das Böse schafft. (Heiterkeit.) Und da ist es denn doch nicht ganz frei von Komik, wenn diese Partei, die auch den Sozialdemokraten nicht wissentlich, aber thatsächlich vorgearbeitet hat, der Regierung nun sagt: Du hast die Schuld. Und das war die Stellung der Fortschrittspartei beim Sozialistengesetz im Reichstage. Sehen wir uns die in Rede stehende Regierungsmaßregel an, die theilweise Anwendung des § 28 vom Sozialistengesetze: War eine Gefahr vorauszusehen, so hätte die Regierung ihre heiligste Pflicht verletzt, wenn sie von den gesetzlichen Mitteln nicht Gebrauch gemacht hätte. Wenn in einem konstitutionellen Staate die Regierungs-Erlasse vom Ministerium gegengezeichnet werden, dann ist dieser Erlaß hier gegengezeichnet sozusagen vom gesammten Volke. (Bravo!) Die Angriffe gegen das Staatsoberhaupt sind nicht gerichtet gewesen gegen seine Person. Diese Angriffe galten dem deutschen Reiche, in dem die Gesammtsumme der Bürger verkörpert ist in Sr. Majestät dem Kaiser. Nun fragt Abg. Virchow, ob denn die Regierung glaube, daß die jetzt ausgewiesenen Personen thatsächlich den Königsmord billigen. Nein, meine Herren, das glaubt sie eben nicht, wenn wir die Leute kennten, denen solches zuzutrauen wäre, dann wäre ja die Gefahr beseitigt; aber die Regierung glaubt, daß die Lehren dieser sozialistischen Sekte dazu beitragen müssen, Verwirrung in hirnverbrannten Köpfen hervorzurufen. Welch besseres Mittel konnte also angewendet werden gegen diese Sekte, als die Forträumung ihrer Führer? Der Stadt Berlin mochte ich im Uebrigen einen Vorwurf nicht machen, aber ich glaube doch nicht, daß eine große, noch dazu so fluktuirende Menge beurtheilt werden darf nach ihrem Auftreten an einem Tage so eigener Art, wie es der 5. Dezember war. Nun, m. H., fragen Sie aber diese Berliner, fragen Sie, Jeder für sich, Ihre Wähler. Ich bin überzeugt, Sie werden im ganzen Lande einstimmig die Antwort erhalten: Die Regierung hat ihre Pflicht gethan. (Beifall rechts.)

Abg. Lasker: Mit Unrecht hat man der Fortschrittspartei vorgeworfen, daß sie die heutige Diskussion veranlaßt habe. Es ist rein äußerlich geschehen, daß der Abg. Virchow, als erster Redner, die Frage an die Regierung richtete, welche zur jetzigen Diskussion führte. In Wahrheit hatte die „Prov.-Korr." bereits angekündigt, daß die Regierung den Gegenstand hier zur Erörterung bringen würde. Es ist von großem Nutzen, daß der Minister des Innern heute erläutert hat, weshalb der beschränkte Belagerungszustand über Berlin verhängt worden ist. Ich weiß nicht, waren es offiziöse Federn, waren es Privatinteressen, die verbreiteten, der Grund für die außerordentliche Maßregel seien entdeckte Verschwörungen. Es ist nun eine allgemeine Beruhigung für das Land, zu hören, daß keine Vorgänge dieser Art Veranlassung zur Verhängung des außerordentlichen Zustandes gegeben haben. Das müssen wir alle zugeben, daß nach der Erklärung des Ministers des Innern die Verhängung dieses Zustandes nicht als eine willkürliche oder grundlose erscheint, — und damit ist eigentlich unsere Arbeit vollständig beendet. Erstaunlich ist mir nur, wie man dem Abg. Virchow hat vorwerfen können, er sei sehr feindselig und gegnerisch gegen die Regierung aufgetreten und habe seine wahre Herzensneigung nun entdeckt. Unter allen Rednern war es gerade der Abg. Virchow, der sich am meisten an die Brust des Ministers des Innern geworfen, und noch weit mehr als gut war. Ich kann gar nicht so weit gehen, wie er, als er sagte, er hätte dieselbe Maßregel ergriffen, wenn er Minister gewesen wäre. Ich habe meine schon bei der Diskussion des Sozialistengesetzes ausgesprochene Ansicht bestätigt gefunden, daß nicht das bloße Verbot von Druckschriften und Vereinen, sondern erst die Maßregeln gegen lebendige Personen Sympathien hervorgerufen haben und zwar auch bei solchen, die die Unterdrückung der Sozialdemokratie für die erste Aufgabe des Staates halten. Von dieser Bestimmung sollte daher nur unter dem äußersten Drucke der Nothwendigkeit Gebrauch gemacht werden. Daß wir aus den heutigen Erklärungen des Ministers diese Ueberzeugung sollten gewonnen haben, dafür scheint mir das Material nicht auszureichen. Im Uebrigen gehört die materielle Beurtheilung dem Reichstage; der Gegenstand der heutigen Debatte scheint sich erschöpfen zu müssen, ohne daß ein Votum dafür oder dagegen abgegeben werden kann.

Damit schließt die Debatte über die Sicherheitsmaßregel für Berlin.

Schluß 4 Uhr.

Provinzielles.

Stettin, 10. Dezember. In der Nacht vom 8. zum 9. d. M. stiegen Diebe über den Zaun des Grundstücks Birkenallee Nr. 76 und entwendeten von dem dortigen Neubau den daselbst beschäftigten Töpfern und Maurern verschiedene Kleidungsstücke im Gesammtwerthe von 74 Mark.

— Dem Kanonier Chmilewski im 1. pomm. Feld-Artillerie-Regiment Nr. 2 ist die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

— Der praktische Arzt Dr. Pogge zu Stralsund ist zum Kreiswundarzt des Kreises Franzburg und des Stadtkreises Stralsund ernannt.

Stralsund, 8. Dezember. Der mehrfach erwähnte Vikar Ruczkiewicz hat in Folge der Aufhebung des gegen ihn erlassenen Internirungs-Dekrets die Insel Zingst verlassen und ist hierher übergesiedelt, wo er bei dem katholischen Pfarrer Elsner bis zu seiner vollständigen Wiederherstellung gastfreie Aufnahme gefunden hat.

Vermischtes.

— Ueber ein Renkonte mit einem Wildschwein wird aus Saulxures der Metzer Zeitung Folgendes berichtet: Ein Ereigniß, vielleicht einzig in seiner Art, setzte gestern Nachmittag das ganze hiesige Dorf in Aufregung. Die Frau eines Einwohners war in dem Garten hinter ihrem Hause beschäftigt, als sie, durch murrende Laute aufmerksam gemacht, plötzlich ein Wildschwein auf sich zurennen sah. Erschreckt eilte die Frau in das Haus zurück und hatte gerade noch Zeit, in ihr Wohnzimmer zu gelangen und die Thür desselben hinter sich zu schließen, denn das wilde Thier war ihr auf dem Fuße gefolgt und machte nun Versuche, in das Zimmer einzudringen. Jetzt steigerte sich die Angst der armen Frau dermaßen, daß sie zum Fenster hinaus auf die Straße sprang und laut um Hülfe schrie. Alsbald war das Haus von zahlreichen, mit Mistgabeln und sonstigen Geräthen bewaffneten Leuten umstellt, jedoch vermochte Keiner dem Wüthen des Thieres, welches mittlerweile in die Küche gelangt war und an dem daselbst vorhandenen Geschirr seinen Zorn ausgelassen hatte, Einhalt zu thun. Zum Glück konnte schließlich ein Grenzaufseher, der des Weges kam, herbeigerufen werden, und es gelang diesem Beamten, durch einen gutgezielten Schuß die Bestie zu tödten. Dieselbe wog ausgeschlachtet circa 125 Pfund.

Literarisches.

Brehms Thierleben. Der soeben von der Verlagshandlung, dem Bibliographischen Institut in Leipzig, versandte vierte Band eröffnet die Abtheilung der „Vögel"; dieselbe bildet gewissermaßen den Schwerpunkt des berühmten Werks, da er das Gebiet der Spezialforschung des Verfassers ist und einen größern Reichthum neuer Beobachtungen aufweist als irgend eine andere Abtheilung. Die Umarbeitung dieser neuen Auflage ist eine durchgreifende geworden, die eigenen Schilderungen des Verfassers ragen in ihrer Ursprünglichkeit und Frische weit über die eingestreuten Mittheilungen anderer Forscher hervor. Auch in der Illustrirung bietet die Abtheilung Vögel das meiste Neue und wurde eine bewundernswerthe Mannigfaltigkeit erreicht: der vorliegende Band enthält 157 meisterhafte Bilder, von denen der größere Theil Neuzeichnungen nach der Natur und in der früheren Auflage nicht enthalten sind.

Ueber das „Thierleben" selbst giebt es im In- und Ausland nur eine Stimme des Lobes und der Bewunderung. Zu den Illustratoren hat sich in dieser Abtheilung auch der talentvolle Düsseldorfer Jagd- und Thiermaler Kröner gesellt.

Von dem auf zehn Bände angelegten Werk sind mit obigem bereits sieben erschienen, eine stattliche Reihe, welche in den bevorstehenden Weihnachtsausstellungen der Buchhändler eine glänzende Repräsentation nicht verfehlen wird.

Nachdem die billige Volks-Ausgabe von **Fritz Reuter's Werken** mit dem soeben erschienenen 8. Bande beendet ist, gereicht es uns zur großen Freude, unsern Lesern, unter denen sich gewiß viele Verehrer des großen Humoristen und gemüthvollen Dichters befinden, mittheilen zu können, daß in gleicher Ausstattung noch zwei Ergänzungsbände zu Fritz Reuter's Werken soeben veröffentlicht werden (Leipzig, C. A. Koch's Verlag). Sie enthalten zwei allerliebste Lustspiele: „Der 1. April 1856 oder Onkel Jakob und Onkel Jochen", — und „Fürst Blücher in Teterow", sowie seine Polterabend-Gedichte (Julklapp). Alle diese poetischen Erzeugnisse sind von echt Reuter'schem Geist und Humor getragen und vervollständigen in glücklichster Weise das literarische Charakterbild des populären Dichters. Es wird daher keiner der zahlreichen Abonnenten der Volks-Ausgabe von Fritz Reuter's Werken unterlassen dürfen, diese zwei Ergänzungsbände sich anzuschaffen, die auch in ihrer äußeren Ausstattung zu gleichem Preise (4 Lieferungen à 75 Pf.) ganz an jene sich anschließen.

Viehmarkt.

Berlin, 9. Dezember. Es standen zum Verkauf: 743 Rinder, 1385 Schweine, 582 Kälber, 3788 Hammel.

Die im vorigen Bericht ausgesprochene Vermuthung, daß der heutige Auftrieb von Rindern in Folge der Sperre ein sehr geringer werden würde, ist auf's Eklatanteste in Erfüllung gegangen; der lokale Bedarf für die Woche ist lange nicht gedeckt und erwirkte dieser Umstand nicht nur einen bedeutenden Aufschwung der Preise für Rinder, sondern verbesserte auch wesentlich das Geschäft für Kälber und Hammel.

Rinder Prima 69—70, Sekunda 57—60, Tertia 50—52 M. pro 100 Pf.d Schlachtgewicht.

Schweine erfuhren bei ruhigem Geschäftsverlauf auch eine, wenn auch nur kleine Preiserhöhung. — Beste Mecklenburger 48—49, Landschweine Prima 46—47, Sekunda 44—45, Russen 38—39 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht. — Bakuner 40—42 Mark bei 50 Pfund Thara

Kälber 50—60 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Hammel 50—55, für ein Paar kleine sehr feine Pöstchen sogar 60 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.